

**4048/AB XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 21.08.2002**

BM für Finanzen

auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 4096/J vom 4. Juli 2002 der Abgeordneten Mag. Johann Maier und Genossen, betreffend "Budgetbegleitgesetz - Verteuerung Reisepass", beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Ich möchte anmerken, dass bereits am 13. April 2000 von den anfragenden Abgeordneten eine nahezu gleichlautende schriftliche parlamentarische Anfrage unter der Nr. 630/J an mich gerichtet worden ist. Da das Bundesministerium für Finanzen in Sachen Reisepass nicht zuständig ist, konnte auch schon damals lediglich formal auf diese Kompetenzrechtslage hingewiesen werden. Ich möchte hier daher bei allem Respekt für das Interpellationsrecht der Abgeordneten festhalten, dass unter diesen Umständen eine neuerliche Anfrage zum selben Thema an das unzuständige Ressort lediglich Verwaltungskosten verursacht, die bei aufmerksamem Lesen der ersten Antwort durchaus vermeidbar gewesen wären.

Zu 1. bis 3.. 7. bis 27.:

Für "Passangelegenheiten mit Ausnahme der Angelegenheiten der Diplomatenpässe" ist gemäß Abschnitt E ZI des Teiles 2 der Anlage zu § 2 Bundesministeriengesetz das Bundesministerium für Inneres zuständig. Im Bundesministerium für Finanzen liegen auch keine statistischen Aufzeichnungen über die Anzahl der Anträge auf Ausstellung/Verlängerung und dergleichen von Reisepässen bzw. sonstigen Reise- und Identitätsdokumenten vor. Es ist mir daher nicht möglich, diese Fragen zu beantworten.

Zu 4. und 6.:

Da das Bundesministerium für Finanzen nur für das innerstaatliche Abgabenrecht zuständig ist, unterliegen die Fragen nach den Kosten der Ausstellung eines Reisepasses in den anderen EU-Mitgliedsländern bzw. das Vorhandensein von Ermäßigungen in diesen Ländern nicht dem Interpellationsrecht gemäß § 90 Geschäftsordnung des Nationalrates.

Zu 5.:

Mir sind die Gründe, weshalb in Deutschland die Ausstellung eines Reisepasses für Jugendliche bis zum 26. Lebensjahr ermäßigt ist, nicht bekannt. Im Übrigen verweise ich auf die eingangs dargelegte Kompetenzrechtslage.

Zu 28. und 29.:

Ich schließe Gebührenerhöhungen bei Führerscheinen für das Budget 2003 aus